

Die bayerische Wirtschaft

Starkes Bayern –
Starkes Europa

vbw

Zehn Forderungen für Europa

www.vbw-bayern.de

Starkes Bayern –
Starkes Europa

Zehn Forderungen für Europa

Europa stärken

Die Einheit

Europas wahren

Europa steht vor grundlegenden Veränderungen: Zum ersten Mal in ihrer mehr als sechzigjährigen Geschichte verlässt ein Mitgliedstaat die Europäische Union. Die Austrittsverhandlungen stocken. Die Sorgen vor einem „No Deal“, einem Austritt des Vereinigten Königreichs ohne ein Abkommen, wachsen. Ein beispielloser Ausfall von Lieferketten wäre die Folge. Darüber hinaus belastet die Abwendung des US-amerikanischen Präsidenten vom Multilateralismus in Form von Zöllen und durch Umgehung der Welthandelsorganisation die Union. Die transatlantischen Partner werden nach Jahrzehnten enger Zusammenarbeit zu Gegenspielern in Handelsfragen. Die Flüchtlingspolitik entzweit Europa nach wie vor.

Auf diese Herausforderungen reichen nationale Antworten nicht aus. Wir brauchen ein Europa, das geeint und entschlossen auftritt: 500 Millionen Menschen haben mehr Gewicht als 80 Millionen. Das gilt vor allem bei Verteidigung, Sicherheit, Migration und Handelspolitik. Der Zusammenhalt Europas gründet auf unveräußerlichen Werten, die die Mitgliedstaaten verbinden: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte.

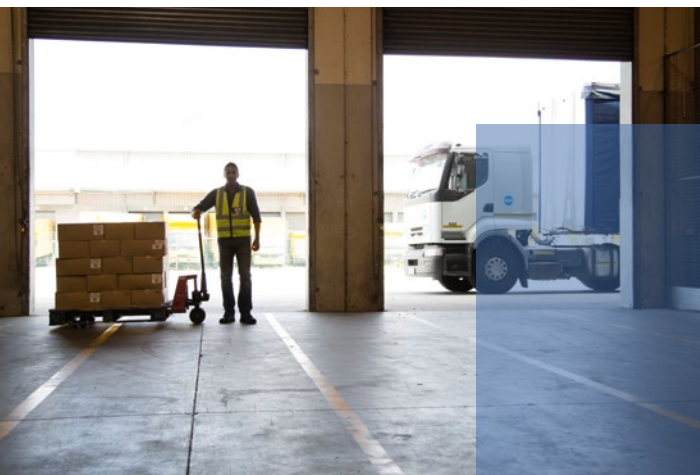
Die bayerische Wirtschaft bekennt sich ohne Wenn und Aber zur Europäischen Union. Wir wollen ein starkes Bayern in einem starken Europa. Die europäische Einheit und Wertegemeinschaft sind unverzichtbar. Dafür treten wir ein.

München, September 2018

Bertram Brossardt

Europa stärken – Forderung 1

Binnenmarkt vollenden, Schengener Abkommen erhalten



Der Europäische Binnenmarkt mit seinen vier Grundfreiheiten – freier Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr – hat zu Wachstum und Beschäftigung in Europa geführt. Bayern und Deutschland profitieren besonders vom freien Handel. Die Vollendung des Binnenmarktes muss rasch vorangetrieben werden. Aktuell vordringlich ist die Umsetzung des Energiebinnenmarktes. Der diskriminierungsfreie Handel mit Strom und die effiziente Nutzung bestehender Erzeugungskapazitäten machen die Versorgung preisgünstig und sicher. Ebenso wichtig sind leistungsfähige transeuropäische Netze für Energie, Verkehr und Telekommunikation. Sie verbessern den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Union.

Der Wegfall von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raums ist einer der Grundpfeiler der EU und vor allem für Bayerns Wirtschaft von großer Bedeutung. Die bayerischen Unternehmen führen Waren im Wert von rund 190 Milliarden Euro pro Jahr aus – 56 Prozent davon in die Mitgliedstaaten der EU. Umgekehrt ist für unsere Unternehmen der Import von Vorleistungen wesentlicher Bestandteil ihres Erfolgs. Bei einer Abkehr vom Schengener Abkommen wären in Bayern bei stabiler Konjunktur Wachstumseinbußen in Höhe von mindestens 12 Milliarden Euro bis zum Jahr 2025 zu erwarten. Für die 27 Schengen-Länder läge dieser Wert bei bis zu 90 Milliarden Euro. Grenzkontrollen im Schengen-Raum darf es nur als zeitlich begrenzte Ausnahmen in besonderen Notsituationen geben.

Europa stärken – Forderung 2

Ungeordneten Brexit verhindern



Seit dem Brexit-Referendum im Juni 2016 herrscht Verunsicherung. Um einen harten Brexit zu verhindern, müssen die Verhandlungen zum Austrittsabkommen zügig zum Abschluss gebracht werden. Für das künftige Verhältnis zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich gilt es, den freien Handel und die Freizügigkeit zwischen der EU und UK zu erhalten und die Koordinierung der europäischen Sozialversicherungssysteme zu gewährleisten. Nur so ist auch künftig die Mitarbeiterentsendung aus der EU27 in das Vereinigte Königreich und umgekehrt möglich. Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU muss ein umfassendes Partnerschafts-, Investitions- und Handelsabkommen schnell verhandelt und abgeschlossen werden. Das künftige Abkommen muss dafür Sorge tragen, dass es weder Zölle noch nichttarifäre Handelshemmnisse geben wird.

Europa stärken – Forderung 3

Subsidiarität beachten, Bürokratieabbau voranbringen



Europäische Rechtsetzung ist nur zulässig, soweit der Binnenmarkt ohne einheitliche Regelungen nicht funktioniert oder unterschiedliche nationale Vorschriften zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Die EU darf nur tätig werden, wenn sie in der Lage ist, effizienter zu handeln als die Mitgliedstaaten. Um unterschiedliche Auswirkungen und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, dürfen die Mitgliedstaaten EU-Vorgaben nur 1:1 in nationales Recht umsetzen. Ein Draufsatteln durch den nationalen Gesetzgeber darf es nicht geben.

Die Mitgliedstaaten müssen auf eine Agenda für intelligente Regulierung hinarbeiten, um eine möglichst bürokratiearme Umsetzung von Rechtsvorschriften zu erreichen. Darauf muss beispielsweise bei der aktuell anstehenden Umsetzung der neu gefassten Entsenderichtlinie geachtet werden. Der Abbau von Bürokratie ist eine permanente Aufgabe, ebenso das Ziel, Bürokratie bereits im Entstehen zu verhindern. Ein eigener Kommissar für den Bürokratieabbau im Range eines Vizepräsidenten der Europäischen Kommission war ein wichtiger Schritt. Allerdings zeigt die derzeitige Tendenz hin zu einer „Sozialunion“ in die entgegengesetzte Richtung. Im Arbeits- und Sozialrecht gibt es wachsende Bestrebungen zur Regulierung wie die aktuelle Verschärfung der Nachweisrichtlinie zeigt.

Europa stärken – Forderung 4

Solide Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten einfordern



Es gibt keine Alternative zur strikten Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Konsolidierungs- und wachstumsorientierte Spar- und Reformmaßnahmen der Euro-Staaten sind Voraussetzungen für finanzielle Hilfen durch die Europäische Gemeinschaft. Durch die mit dem Fiskalpakt durchgesetzten nationalen Schuldenbremsen sowie die auflagenbewehrten Hilfen des Europäischen Stabilitätsmechanismus hat Europa bereits viel erreicht. Gleiches gilt für Vorgaben der EU zur Finanzmarktstabilität und -aufsicht und die auf Gläubigerhaftung ausgerichteten Regeln der Bankenunion.

Die Mitgliedstaaten der Eurozone müssen dafür sorgen, dass Altlasten in Bankbilanzen gemäß europäischer Vorgaben abgebaut werden. Bei Überschuldung eines Mitgliedstaates müssen private Gläubiger haften. Dazu brauchen wir die Einführung eines Verfahrens für staatliche Insolvenzen, das es erlaubt, Staatsschulden zu restrukturieren, ohne die Finanzstabilität in der Eurozone zu bedrohen. Für Staatsanleihen jenseits der Maastricht-Kriterien sollten dazu nachrangige Staatsanleihen nach dem Muster von Accountability Bonds eingeführt werden. Das schafft Marktdisziplin, ohne die Finanzmärkte zu destabilisieren. Schließlich ist es notwendig, dass auch Staatsanleihen in Bankbilanzen mit Eigenkapital unterlegt werden müssen.

Europa stärken – Forderung 5

Gemeinsam für freien Handel und gegen Protektionismus eintreten



Die EU steht für freien Welthandel und eine multilaterale Welthandelsordnung mit internationalen Verträgen und Regeln. Sie ist mit einem Anteil von 16,5 Prozent an den weltweiten Warenein- und ausfuhren die größte Handelsmacht der Welt. Selbst Deutschland, die größte Volkswirtschaft in der Union, könnte ohne die vereinte europäische Stimmkraft den Handelsräumen USA und China nicht auf Augenhöhe begegnen. Bis vor zwei Jahren berieten die Europäische Union und USA über eine transatlantische Partnerschaft. Ziel war es, das Wirtschaftsgeschehen stärker zu vernetzen und für beide Seiten positive Impulse zu setzen. Inzwischen haben sich die Gegebenheiten im Welthandel massiv verändert: Präsident Trump beendete die Beratungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft – TTIP. Einseitig verhängte Strafzölle und Vergeltungszölle traten in Kraft oder sind angedroht. Der freie Handel ist in Gefahr.

Handelspolitische Zusammenarbeit und Abstimmung sind mehr denn je von höchster Wichtigkeit. An der Wiederaufnahme von Gesprächen führt kein Weg vorbei. Die durch den Zollkonflikt bei unseren Unternehmen ausgelösten Ungewissheiten müssen schnellstens beendet werden. Wir brauchen eine Deeskalationsstrategie: weltweiter Abbau von Zöllen und Senkung der technischen Handelsbarrieren. Dafür muss sich die Europäische Union mit vereinter Kraft einsetzen.

Europa stärken – Forderung 6

Wachstumsmotor Industrie fördern



Die Industrie bildet das Fundament der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Sie sorgt auch in anderen Branchen für Wachstum und Beschäftigung. Daher ist der wiedergewonnene Stellenwert der Industrie in der europäischen Politik zu begrüßen. Ziel der Europäischen Kommission ist es, den industriellen Wertschöpfungsanteil von 16 auf 20 Prozent bis zum Jahr 2020 zu erhöhen. Dazu ist es nicht zuletzt erforderlich, die Auswirkungen aller Politikbereiche auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu prüfen.

Gleichzeitig kann und darf die Industrie in Europa nicht zu Lasten der deutschen Industrie und ihrer Exportorientierung gestärkt werden. Dies wäre ein Null-Summen-Spiel. Allein die Vorleistungsimporte der deutschen Industrie sorgen für 3,4 Millionen Arbeitsplätze in den anderen EU-Staaten. Berücksichtigt man alle Importe Deutschlands, hängen davon 4,9 Millionen Arbeitsplätze in den EU-Staaten unmittelbar ab.

Europa stärken – Forderung 7

Digitalisierung fördern



Die Digitalisierung durchdringt alle Technologie-, Lebens- und Arbeitsbereiche. Sie ist die zentrale Treiberin für praktisch alle technischen Innovationen und gesellschaftlichen Veränderungen. Ein Digitaler Binnenmarkt ist notwendig, um erfolgreiche Produkte und Geschäftsmodelle auch im größeren Maßstab zu entwickeln. Es ist daher richtig, dass sich die Europäische Union eine ehrgeizige Digitale Agenda gesetzt hat, Anreize schafft für zusätzliche Investitionen in den Ausbau von Informations- und Kommunikationsnetzen und europaweit vereinheitlichte Standards zur Cyber-Sicherheit fördern will. Auch bei Forschung und Entwicklung sind gemeinsame europäische Strategien zielführend.

Ebenso wichtig ist aber, dass es nicht zu Überregulierung und gesetzgeberischem Aktionismus kommt, vor allem im Umgang mit Daten und Algorithmen. Schließlich müssen die vorliegenden Pläne der EU zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft endgültig ad acta gelegt werden, da sie die Entwicklung europäischer digitaler Plattformen behindern würden. Hier muss eine Lösung auf OECD-Ebene gefunden werden.

Europa stärken – Forderung 8

Europäischen Arbeitsmarkt schaffen



Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine Grundfreiheit des Europäischen Binnenmarktes, die es Unionsbürgern ermöglicht, in jedem Mitgliedstaat der EU einer Beschäftigung nachzugehen. Eine hohe Arbeitskräftemobilität hilft nicht nur den Unternehmen und entlastet die europäischen Sozialsysteme, sondern bringt den Menschen auch persönlich neue Chancen und neues Wissen.

Ein integrierter europäischer Arbeitsmarkt muss weiter forciert werden. Fachkräftemangel einerseits und teilweise hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit andererseits verlangen nach grenzüberschreitenden Lösungen. Wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche berufliche Integration im Ausland sind die schnelle und verbindliche Anerkennung beruflicher Qualifikationen und die Kenntnis der Sprache des Gastlandes. Keinen Mehrwert bringt dagegen eine europäische Arbeitslosenversicherung. Sie würde zu einem dauerhaften Finanztransfer zwischen den Ländern der Eurozone und zu einer Vergemeinschaftung der Kosten der Arbeitslosigkeit führen. Die Folge wären Fehlanreize, die notwendige Strukturreformen in Staaten mit verkrusteten Arbeitsmärkten verhindern.

Europa stärken – Forderung 9

Flüchtlingzuwanderung steuern



Menschen, die aufgrund von kriegesischen Auseinandersetzungen oder politischer Verfolgung nach Europa flüchten, muss die EU Sicherheit geben. Dafür sind die Entscheidung für ein wirkungsvolles europäisches Asylsystem und die einheitliche Anwendung des Asylrechts zwingend notwendig. Zudem ist eine gerechte Verteilung von Asylbewerbern innerhalb Europas erforderlich, ebenso wie die finanzielle Unterstützung besonders betroffener Mitgliedstaaten. Es bedarf Anreize für die Integration von Flüchtlingen in Arbeit und Ausbildung. Gleichzeitig müssen Fluchtursachen bekämpft und die Investitionen für Grenzschutz und Entwicklungshilfe verstärkt werden.

Europa stärken – Forderung 10

Gemeinsame Verteidigungspolitik voranbringen



Die europäischen Ausgaben für Verteidigung sind für die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts unzulänglich. US-Präsident Trump signalisierte bereits mehrfach, dass die europäischen Staaten zukünftig verstärkt auf eigenen Beinen stehen müssen und säte Zweifel an den US-Sicherheitsgarantien. Die europäische sicherheitspolitische Trittbrettfahrerei muss aufhören. Eine europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die eine effiziente Ressourcenverteilung gewährleistet und Doppelungen im zersplitterten Verteidigungsmarkt beendet, ist notwendig.

Der Europäische Verteidigungsfonds ist ein Schritt in die richtige Richtung, denn kein EU-Mitgliedstaat ist alleine in der Lage, die nächste Generation von Verteidigungsgütern zu finanzieren und technisch zu entwickeln. Dabei muss sichergestellt werden, dass Planungsziele definiert und bindend verfolgt werden. Es muss in Zukunftstechnologien investiert werden, die den verlässlichen Schutz kritischer Infrastrukturen, z. B. Informationstechnologie und Stromversorgung, gewährleisten.

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Herausgeber

vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw September 2018

Konzeption und Realisation

gr_consult gmbh
vbw@gr-consult.de

Druck

Druck & Medien Schreiber
Oberhaching

Bildnachweis

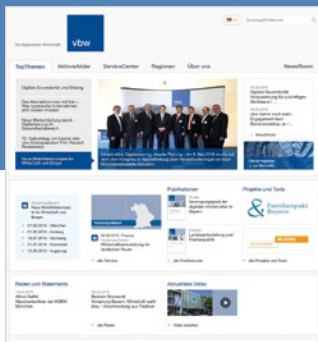
vbw: U1
Shutterstock: S6
Getty Images: alle anderen

Stark für Bayern

Die vbw stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Unternehmen und engagiert sich für ein zukunftsfähiges und lebenswertes Bayern. Deshalb sind wir in allen bayerischen Regionen aktiv und vertreten die Interessen unserer Mitglieder in Bayern, Deutschland, Europa und weltweit. Unser Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft.

Weitere Informationen
www.vbw-bayern.de

Sie finden uns auch auf



vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

Ansprechpartner

Tatjana Marcukov
T 089-551 78-258
F 089-551 78-249

tatjana.marcukov@vbw-bayern.de